

Legislaturprogramm 2021 – 2024



SVP Aargau



Wegweisend für die SVP-Politik sind Grundwerte wie Eigenverantwortung, Selbstbestimmung, Sicherheit und Freiheit. Die schweizerische Kultur und Identität sollen erhalten bleiben. Unsere föderalistischen Strukturen, die direkte Demokratie und das bewährte Milizsystem gewährleisten den Bürgerinnen und Bürgern die direkte Mitwirkung und bestmögliche Mitbestimmung auf allen Ebenen. Beides fördert den haushälterischen Umgang der staatlichen Organe mit unseren Steuergeldern. Auf dieser Basis will die SVP Aargau den Kanton Aargau vorwärtsbringen. Mit dem vorliegenden Programm hat die SVP-Grossratsfraktion die wichtigsten Leitsätze für die Legislatur 2021–2024 definiert.

Grossratsfraktion SVP Aargau
Spreitenbach, 7. Juli 2020

1. Für einen Aargau mit tiefen Steuern und gesunden Finanzen

- a Senkung der Staatsquote, Abbau der Staatstätigkeiten und Konzentration auf Kernaufgaben. Keine neuen Staatsaufgaben und -ausgaben
- b Keine Defizite, sondern Schuldenabbau und Senkung der Steuern für Private und Unternehmen auf ein Niveau als einer der sechs attraktivsten Kantone
- c Keine Luxuslösungen. Zweckmässigkeit hat oberste Priorität
- d Keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben
- e Keine Kriminalisierung der Steuerzahlenden
- f Schutz des Privateigentums
- g Steuerabzüge für Krankenkassenprämien erhöhen



2. Für ein bezahlbares Sozial- und Gesundheitswesen

- a Förderung von Wettbewerb, insbesondere Ausschreibung von Leistungen
- b Ausschreibungspflicht von Leistungsaufträgen für Spitex- und Pflegeheimleistungen
- c Transparenz hinsichtlich Qualität und Preisen bei den Leistungserbringern
- d Kostenbremsen und Bekämpfung der Mengenausweitung; Einführung intelligenter Mengen- und Qualitätsziele bei den Leistungsverträgen mit Gesundheitsdienstleistern (Bonus/Malus)
- e Die gesundheitspolitische Gesamtplanung richtet sich nach folgenden Grundsätzen: Hohe Qualität und Transparenz in der Leistungserbringung, wirtschaftliche Effizienz, Abbau von Regulatorien, ambulant vor stationär
- f Aktualisierung der Eigentümerstrategien bei den eigenen Gesundheitsdienstleistern, insbesondere Entflechtung der Mehrfachrollen des Kantons; z. B. Verkauf der Kantonsspitalaktiengesellschaften
- g Zusätzliche bauliche Überkapazitäten im Gesundheitswesen sind zu verhindern.
- h Förderung von niederschweligen, wirtschaftlichen Angeboten (Hausärzte, Spitex etc.) sowie von Freiwilligenarbeit
- i Bekämpfung des Sozialmissbrauchs durch Stärkung der Gemeindeautonomie, Reduktion des Grundbedarfs ohne Berücksichtigung der SKOS-Richtlinien und Schaffung von Anreizsystemen (Bonus/Malus; Arbeit muss sich lohnen), rasche Schaffung gesetzlicher Grundlagen für Sozialdetektive
- j Kinderbetreuung ist Privatsache - keine Staatskinder. Die Gemeinden entscheiden über das Angebot der Fremdbetreuung anhand der Nachfrage; keine unnötige Aufblähung des Angebots.

3. Für den Lebensraum und Wirtschaftsstandort Aargau

- a Förderung des Mittelstandes und Stärkung der KMU. Attraktive Rahmenbedingungen für den Wirtschafts- und Technologiestandort Aargau. Reduktion von Auflagen, Vorschriften und Bürokratie
- b Gute Verkehrsbedingungen ohne Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Verkehrsträger, Schaffung bedarfsgerechter Parkierungsräume (Park + Pool) und Strassenkapazitäten – der Verkehr muss fließen. Keine Zweckentfremdung der Strassenkasse
- c Verlässliche Raumplanung ohne unnötige Auflagen, Vorschriften, Bürokratie und Schikanen, auch im Bewilligungsverfahren. Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts
- d Sichere, günstige und CO₂-neutrale Stromversorgung ohne Auslandsabhängigkeit und ohne staatliche Förderprogramme. Weiterbetrieb und zeitgemässer Ersatz der bestehenden Kern- und Wasserkraftwerke sind unverzichtbar
- e Für eine gesunde, produzierende Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft; Nutzung des vorhandenen Spielraumes (keine zusätzlichen kantonalen Auflagen); haushälterischer Umgang mit Fruchtfolgeflächen (FFF)
- f Verantwortungsbewusster und verhältnismässiger Umgang mit Natur und Umwelt, auch zum Schutze des Klimas. Dabei ist auf die in der Praxis erprobten Erkenntnisse und Errungenschaften von Wissenschaft, Technik und Industrie zur Bewältigung der Umweltprobleme und die Eigenverantwortung zu setzen



4. Für die öffentliche Sicherheit

- a Sicherstellen einer effizienten Polizeiorganisation; Überprüfung des dualen Polizeisystems
- b Konsequente Prävention und Bekämpfung der Kriminalität zum Erhalt von Freiheit und Sicherheit
- c Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum
- d Bekämpfung von Parallelgesellschaften mit eigenen Werte- und Rechtssystemen
- e Unterbringung von renitenten Asylbewerbern in geschlossenen Unterkünften bis zu deren Ausschaffung
- f Schaffung grosser Asylunterkünfte, um Kosten zu reduzieren und Gemeinden zu entlasten
- g Für eine schlanke Handhabung der KESB-Vorgaben und Bekämpfung der ausufernden Bürokratie im Kindes- und Erwachsenenschutz. Gegen masslose und realitätsfremde Entscheide und Massnahmen
- h Sicherheit im Strassenverkehr, unter anderem durch gezielte, mobile Kontrollen an gefährlichen Punkten ohne festinstallierte Radargeräte
- i Rasche und effiziente Durchführung von Strafverfahren
- j Ausschöpfung des gesetzlichen Strafrahmens bei Gewalt- und Sexualverbrechern. Opferschutz statt Täterschutz, Nulltoleranz gegenüber Straftätern. Strafen müssen abschreckend wirken
- k Konsequente Ausweisung straffälliger Ausländer



5. Für eine bedürfnisorientierte und nachhaltige Zuwanderung

- a Konsequente Asylpolitik, die echten Flüchtlingen Schutz gewährt und die grassierenden Missbräuche unterbindet
- b Restriktive Einbürgerungen nur von Personen, die straf- und schuldenfrei sind, keine Sozialhilfe beziehen und gut Deutsch sprechen
- c Erhalt der Einbürgerungsentscheide auf Gemeindestufe
- d Eigene Integrationsbemühungen vor staatlichen Integrationshilfen
- e «Ausbürgerung» von Personen, die den Interessen und dem Ruf der Schweiz schaden (Terrorismus, Extremismus, organisierte Kriminalität)
- f Konsequenter Entzug von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen bei schwerwiegenden Gesetzesverstößen, Missbrauch von Sozialwerken und Integrationsverweigerung
- g Kein Stimm- und Wahlrecht für Ausländer



6. Für eine leistungsorientierte, ganzheitliche Bildung

- a Disziplin und Ordnung im Schulzimmer und auf dem Schulgelände
- b Lernende fordern und fördern; Noten 1– 6 ab erster Klasse
- c Gleichwertige Förderung sämtlicher Bildungswege
- d Keine unnötigen Reformen; Beibehaltung der drei Leistungszüge auf der Oberstufe
- e das Bildungsangebot orientiert sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft; Lehrer sollen sich wieder verstärkt ihrem Kerngeschäft – dem Unterrichten – widmen können
- f Schwache Schüler sollen mittels bewährter Sonderformen (Einschulungsklassen, Kleinklassen) gefördert werden, Reduktion der integrativen Beschulung
- g Senkung der Kosten pro Schüler
- h Weniger Heilpädagogen, Logopäden und Psychologen etc. – Schüler nicht unnötig therapieren
- i Einfluss der pädagogischen Hochschule auf die Volksschule begrenzen

7. Für eine auf unseren Traditionen basierende Kultur

- a Sport und Vereinstätigkeit mit guten Rahmenbedingungen unterstützen, da sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten
- b Kulturförderung mit klarem Bezug zu unseren Werten und Traditionen – Unterstützung der gelebten Volkskultur mit ihrer Nähe zur breiten Bevölkerung.
- c Staatliche Kulturausgaben senken, mehr private Finanzierungen im Kulturbereich



8. Für eine effiziente Verwaltung, eine hohe Gemeindeautonomie sowie ein effizientes und unabhängiges Justizwesen

- a Für einen schlanken, effizienten und transparenten Staat
- b Abbau der bürokratischen Hürden für Bürger und Unternehmen im Umgang mit Behörden; Staat als Dienstleistungserbringer
- c Für grösstmögliches Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden
- d Ja zu freiwilligen Gemeindefusionen – nein zum Diktat von oben
- e Konsequente Hinterfragung beim Erlass von neuen Gesetzen, laufende Überprüfung bestehender Gesetze und Vorschriften auf ihre Notwendigkeit, wo sinnvoll Aufhebung von Erlassen oder Einführung von befristeten Erlassen
- f Reduktion des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung
- g Verzicht auf E-Voting, da Sicherheit nicht gewährleistet werden kann
- h Für ein schlankes, effizientes und unabhängiges Justizwesen
- i Schnelle Rechtsverfahren durch Effizienzsteigerung

Jetzt Mitglied der SVP werden

Anmeldung auf www.svp-ag.ch oder
Talon abtrennen und senden an: SVP Aargau, Gässli 4, 5603 Staufen



Vorname

Name

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail

Telefon

Geb.-Datum

Unterschrift

Ich unterstütze die SVP finanziell

PC-Konto: 50-1650-3

IBAN: CH17 0588 1045 9088 9100 0, NAB



Bitte
frankieren

SVP Aargau
Sekretariat
Gässli 4
5603 Staufen